

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Herausgeber: Amt Dresden Nr. 31307

Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden  
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld  
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striepen, Neugruna und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgaupressdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Deuer & Co.

Erscheint jeden Wochen Tag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.— ausschließlich Bestellgeld;  
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—;  
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8 40, monatlich 2 80.

Blasewitz  
Freitag, 19. März 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum  
1.— Mark, im Letztteile die Zeile 2 50 Mark, für Tabellen- und  
schwierigen Satz 50% Zuschlag.  
Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

## Frankreich und die Leipziger Mustermesse.

Unmittelbar vor dem Beginn der Leipziger Mustermesse wird von französischer Seite in Holland eine Propaganda begonnen, die bewirkt, mit welcher Entschlossenheit die französischen Handelskammern ihre eigenen Reisen, besonders die von der Veranlassung, gegen die Leipziger Mustermesse auszuspielen. Es wird nämlich von französischen Handelspropagandisten, sowohl durch einen Teil der holländischen Presse, als auch durch direkte Herantreten an Kaufleute und Importeure darauf hingewirkt, daß die kommerziellen Beziehungen zu deutschen Firmen heute gänzlich unhaltbar seien und den Holländern eher Schaden als reelle Vorteile brächten. Die Argumente sind für die Stimmungsmacher ziemlich reichhaltig. Hauptächlich führt man die Behauptung, es wäre ungesund und nutzlos, die Leipziger Messe zu besuchen, auf die „Schwindelpolitik der Feinereisereisenden“. Es werden den holländischen Kaufleuten, die Einladungen zur Leipziger Messe erhalten haben, andauernd von „Informationsbureaus“ Mitteilungen ins Haus geschickt, in denen des Vorgesetzten und Breiten zu lesen ist, daß die deutschen Firmen sich konsequent hinter die „Außenhandelsstellen“ stellen, um einerseits vertraglich abgeschlossene Geschäfte umzuwerfen, andererseits ungerechtfertigte und übertriebene „Valutazuschläge“ herauszuholen. Um diese Mitteilungen sachlich zu beantworten, gibt man den „einmaligen Interessenten“, d. h. die holländischen Kaufleute, die noch nicht die schlimmsten Erfahrungen mit deutschen Firmen gemacht haben, Einsicht in Berichte der „Düper“. Diese „Düper“ häufen in ihren Berichten über die unverschämten und feigen Praktiken deutscher Firmen eine Hebelwirkung auf die andere, so daß der für die Leipziger Messe sich interessierende Holländer tatsächlich den Eindruck erhält, daß da drüben eine Art „Banditen-Gesellschaft“ haue. Man scheidet nicht einmal davor zurück, deutsche Firmen der Unterdrückung von Anzahlungen und der „Preisereisung“ zu beschuldigen. Wie weit diese Verleumdungen, die aus dem Munde der französischen Handelspropaganda stammen, bereits gediehen sind, ergibt sich aus der Tatsache, daß sich sogar ein tonangebendes Blatt in Holland, die „Nieuwe Rotterdamsche“, in der Nummer vom 22. Februar dazu hergibt, einem einseitigen Bericht über die „feigen Schwindelhandlungen“ der deutschen Handelskäufer Raum zu gewähren. Dem wird direkt gewarnt, auf die „Einladungen“ zur Leipziger Mustermesse zu reagieren. Selbstverständlich bezieht der französische Handelspropagandist (dessen Elb sich in Amsterdam befindet) die Situation nach Kräften aus. Er schildert in den wärmsten Farben, wie anständig und liebevoll der holländische Kaufmann in Frankreich behandelt werde, wie zweckmäßig sich die von der Messe allen Anforderungen der holländischen Rundschau anpaßt und wie der Holländer in Deutschland drangaliert werde, in Deutschland, wo man ihn als „Blutegel“ bezeichne, wo man ihn täglich die Verleumdung ins Gesicht schleudere, er wolle Deutschland leer räumen. Der Kontrast zwischen der westlichen Kultur des holländischen Kaufmannes und der Barbarei des deutschen „Arbeitslosen“ wird kräftig herausgearbeitet. Zu dem kommt noch, daß die am 22. Februar eröffnete Utrechter Jahrbörse, als Gegenstück zur holländischen Abteilung in Vron, eine französische Abteilung erhalten hat. Auf den Erfolg dieser Sonderausstellung der französischen Industrie wird in den Kreisen des Handelskomitees „Frankreich-Holland“ (Präsident ist der holländische Finanzminister Treub) stark gerechnet. Der französische Export nach Holland wird auch in der nächsten Zeit einen härteren finanziellen Nachschub bekommen. Wir erfahren, daß die Banque de Paris et des Pays-Bas, die jetzt eine große Niederlassung in Rotterdam organisiert, bei der Finanzierung des französischen Exportgeschäftes nach Holland eine wichtige Rolle spielen wird. Schließlich steht auch der Abschluss eines holländisch-französischen Kreditabkommens von rund dreißig Millionen Gulden bevor. Man dürfte also nicht schlagern, wenn man den anlässlich der Leipziger Messe schäblichen Angriff der französischen Handelspropaganda als einen wichtigen Bestandteil der allgemeinen Werbepolitik ansieht, die, in Anbetracht der großzügigen Pläne, weiterhin betrieben werden soll.

## Noch immer ungeklärte politische Verhältnisse.

Wenn auch der Rücktritt der Regierung Kapp und Gerlach fast allgemein angenommen ist, wie schon in gestriger Nummer mitgeteilt, so ist die politische Lage doch immer noch vollständig unklar. Es scheint, als wenn der Reichkanzler Schiffer die Ministerungeschäfte mit einem Griff leitet, aber er kann doch nur verhandeln mit den verschiedenen Parteien, die zwischen Berlin und Stuttgart anscheinend noch keine direkte Verbindung hergestellt und er ja auch nicht wissen kann, ob die Regierung Ebert-Bauer zu den Zugeständnissen ihre Zustimmung gibt, welche er bereits den Parteien gemacht hat. Nach einer Berliner Meldung bewegen sich die Verhandlungen zwischen Schiffer und den verschiedenen Parteien auf folgenden Basis: Es soll ein Kabinett aus Ministern gebildet werden, welche ohne parteipolitische Rücksichten ausgewählt werden sollen und welches sich sodann auf sämtliche Parteien und die Mehrheitssozialdemokraten mit Ausnahme der Unabhängigen stützt. Die Neuwahlen erfolgen innerhalb von acht Monaten, diese Frist könne vielleicht auf drei Monate verlängert werden. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt durch das Volk und nicht durch den Reichstag. Die Nationalversammlung tagt nur noch zur Fertigstellung der Wahlgesetz.

Kerner soll die Präsidentenwahl sofort im Anschluss an die Reichstagswahlen erfolgen. Die Liste des neuen Kabinetts steht noch nicht fest. So weit die Ergebnisse der Verhandlungen, welche der Reichkanzler Schiffer leitete. Nun fragt es sich, wie die Regierung Ebert-Bauer sich dazu stellt, ob sie sich damit einverstanden erklärt. Tut sie dies, dann haben die Reichsparteien entschieden einen Sieg davongetragen. Eine andere Frage ist, wie sich die Unabhängigen zu ihrer abermaligen Ausschaltung von der Regierung stellen werden. Wir glauben nicht daran, daß sie sich so einfach zur Seite schieben lassen. Die Einigkeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien, welche durch den Dursenrückschlag Kapps und Genossen geschaffen wurde, dürfte dann schnell wieder in die Brüche gehen. Was die Vereinbarungen selbst anbetrifft, so können Ebert-Bauer dieselben ruhig ablehnen, ohne gegen ihr eigenes Parteiprogramm zu verstoßen, da sie auf demokratischer Grundlage beruhen. Hätte die Reichsregierung schon in voriger Woche in der Nationalversammlung hinsichtlich der Wahl der Reichspräsidenten gehandelt, hätten die Reichsparteien ihren alten Antrag, der Reichspräsident solle durch den Reichstag gewählt werden und nicht durch das ganze deutsche Volk, nicht wieder aus der Verlesung hervorgeholt, der Genossenschaft Kapps und Genossen hätte niemals stattgefunden, viel Unruhe wäre erspart geblieben und es wäre nicht zu unannehmlichen Vorkäufen gekommen. Etwas Schuld an all diesen Vorgängen trägt also die Reichsregierung auch. Hoffen wir nun im Interesse des gesamten deutschen Volkes, daß bald wieder geordnete Zustände eintreten, damit wir wirklich mit dem Aufbau unseres Vaterlandes beginnen können.

Die Lage im Reich sieht verschiedentlich noch sehr ernst aus, besonders in Berlin, und es ist noch nicht abzusehen, ob es trotz Sturz der Regierung Kapp nicht dennoch zu neuen blutigen Kämpfen kommt. Dies scheint auch Ebert und Bauer einzufallen, denn sie erlassen nachstehenden Aufruf: Kapp und Lüttich sind zurückgetreten. Das Abenteuer in Berlin ist beendet. Der von ihnen seit dem 10. März begangene Tag der unüberwindlichen Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik kein Schein und keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Verzicht der Willkürdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden vermag. Das Abenteuer ist zu Ende. Der verwerfliche unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erlöse geführt werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterklasse ihre harte Arbeit, den Generalstreik, nicht ruhen läßt. In zahlreichen Städten ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, zu allererst die Rohlenindustrie, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftleben gibt. Arbeiter, seid jetzt ebenso tätig und willfährig an eurer Arbeit wie bei der Abwehr der Aufständigen. Jedermann an der Arbeit! Die Reichsregierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaues fördern, die Hochverräter, die auch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengen Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder die Soldateska in das Geschick des deutschen Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen. Jetzt wählt eure Betriebsräte, die auch die Mitwirkung am Erneuerungsprozess sichern, und schafft in der neuen Wirtschaftsdemokratie mit uns allgemeine Arbeit!

Reichkanzler Schiffer erklärt nachstehenden Aufruf an das deutsche Volk: Der Aufstand ist an demselben Tag abgebrochen. Der verfassungsmäßige Zustand ist wiederhergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm sich anmaßende Amt des Reichkanzlers aufgegeben. Die Reichsregierung ist im vollen Besitz ihrer vom Volk bestimmten Rechte. Die Führung der Truppen ist dem General v. Seect übertragungen worden. Einmütige und unerschütterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die ungeheure Schädigung des politischen und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder auszuwischen. Allen Schritten der Revolution, die in der Verteidigung der Demokratie ihren Zusammenstand und dadurch die rasche Wiederkehr des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk anhaften wie immer zugefügte Schaden ist unabweisbar. Das Wirtschaftsleben ist schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch und damit den der Volksgesamtheit zu verhüten, ruft die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf!

Interessant ist, wie Hindenburg über die Lage denkt. Er schreibt unter dem gestrigen Datum aus Danzig ein nachstehendes Telegramm: Heute vormittag nach seiner Ansicht über die Lage befragt, äußerte sich Generalleutnant v. Hindenburg dem Vertreter des R.A. gegenüber wie folgt: Zwei verschiedene Regierungen sind in einem geteilten Staat unmöglich. Eine Einigung zwischen beiden ist für die Sicherheit des Vaterlandes unbedingt erforderlich. Die Truppe ist verpflichtet, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ich hoffe daher als alter Soldat sehr, daß das Offizierskorps und die Mannschaften sich für die Erfüllung dieser ersten Pflicht frei von allen Nebengedanken und jedem Parteiinteresse vertrauensvoll geschlossen hinter ihre Führer stellen. Einigkeit in Volk und Heer sind unerlässlich für unser Fortbestehen.

Erkenntnistherweise ist der Eisenbahner- und Poststreik aufgehoben. Man weißte dazu aus Berlin vom gestrigen Tage folgendes: Die Generalstreikleitung erklärt folgende Kundgebung: An alle Eisenbahner! Der Generalstreik der Eisenbahner hat vollem Erfolg gekrönt. Er wird deshalb mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Generalstreikleitung.

Ebenso ist der Poststreik durch Beschluß der Vertrauensleute vom Donnerstag früh ab aufgehoben. Wie schon angedeutet, liegt der Kernpunkt der Unruhen jetzt wieder in Berlin, doch kann man noch nicht klar sehen, da die Verbindungen mit der Reichshauptstadt leider noch nicht vollständig funktionieren. Vom gestrigen Tage lag aus Berlin folgendes Telegramm vor: Nach zuverlässigen Mitteilungen, die den zuständigen Stellen zugegangen sind, ist damit zu rechnen, daß heute abend mit den Vorhänden der kommunistischen Truppe in Groß-Berlin begonnen wird. Die kommunistische Partei verbleibt eine jenen Haupttruppe, die bewaffnet ist und die aus der ehemaligen Organisation des Roten Soldatenbundes hervorgegangen ist. Man rechnet damit, daß diesmal der Hauptstoß auf die öffentlichen Gebäude und den Bezirk Berlin gerichtet ist. Die Bewachung dürfte von Spandau aus ihren Ausgang nehmen. Alle in Betracht kommenden Gebäude Berlins haben einen verstärkten Schutz erhalten. Die Reichswehr bleibt vorläufig in Berlin und wird hier mit Sicherheitspolizei zusammen für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Der Oberbefehl über die Truppen ist auf General v. Seect übergegangen. Am heute nachmittag war die Ankunft Kosses in Berlin anstandslos. Die Lage in Berlin ist außerordentlich ernst. Die Kommunisten und Sozialisten halten den Zeitpunkt für gekommen, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Für die kommenden Tage wird auf Massenansammlungen gerechnet. An die kommunistischen Arbeiter sind Waffen verteilt worden. Schon in der vergangenen Nacht war ein bolschewistischer Putsch erwartet worden. Es ging das Gerücht, in Spandau seien 60 Sozialisten erschossen worden. In einer nachts stattgefundenen Versammlung von Unabhängigen, Kommunisten und Sozialisten — es sollen auch Mehrheitssozialisten teilgenommen haben — wurde eine Manifestation angesetzt, mit Däumchen an der Spitze. Die meisten übrigen Namen sind der großen Öffentlichkeit nicht bekannt. Als Justizminister war der Abg. Dr. Cohn ausgerufen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, die Einigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien hätten zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Die Generalkommission der Gewerkschaften verlangt den Rücktritt Kosses, die Verweigerung jeder Verhandlung mit der Kapp-Regierung und scharfe Bekämpfung der Rebellen. Gerüchte sprechen von Versetzung der Rebellen unter den Truppen. Zwei Truppenteile, ein sächsisches und ein bayrisches, hätten entwaffnet werden müssen. Von militärischer Seite wird erklärt, daß nur einige Mann hätten entwaffnet werden müssen, und daß die Vorgänge ohne besondere Bedeutung seien. Die Sicherheitspolizei erludt ihre Aufgabe nach wie vor in der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Am heutigen Mittwoch sollten Angriffe auf das Friedrichshagen Wasserwerk verhindert werden, doch konnte der Anschlag vereitelt werden. Aus Gründen der Sicherheit sind die Beziehungen der Humboldt, Andreas, Frankfurt und die Mannschaften in die Kaserne der Sicherheitspolizei gebracht worden. Am Daitischen Tore ist es wieder zum Antritt Schicker gekommen, bei der ein Zivilist verwundet wurde.

Am Lauf des Nachmittags tauchte das Gerücht auf, daß bewaffnete Kommunisten sich in den Vororten sammelten, welche die öffentlichen Gebäude in Berlin fürchten und besetzen wollten. Am Abend war die ganze Stadt wie jetzt Tag in tiefes Dunkel gehüllt.

Außerdem liegen aus dem Reich noch nachstehende Telegramme vor:

Prüna, 17. März. Hier herrscht vollständige Ruhe. Die Stadtzuhänge werden nicht von bewaffneten Arbeitern bewacht und das Postamt ist nicht mehr besetzt.

Baun, 17. März. Der für Dienstag geplante Generalstreik in der Oberlausitz ist nicht zur Durchführung gekommen. Während in verschiedenen Orten der Lausitz (Aitau, Chris, Selbstnerdorf, Bischofsbernd, auf den Brauntobelwerken der Stadt Dresden in Borsdorf und anderorts) am Montag der Generalstreik proklamiert worden ist, ist es bis jetzt in Baun und Köbau zu keinerlei Arbeitseinstellung gekommen. Dagegen wird in der angrenzenden preussischen Lausitz der Streik bis heute, Mittwoch, durchgeführt. Auf dem Lausitzer bei Schwarzkorn ruht seit Montag die Arbeit vollständig. Desgleichen der Bahnverkehr. In Hoyerwerda sind die Eisenbahnwerkstätten geschlossen worden. Auf Befehl der Arbeiter wurden auch dort die Schulen geschlossen.

Freiberg, 17. März. In Freiberg herrscht Generalstreik. Das Erscheinen des „Freiberger Anzeigers“ ist mit Gewaltandrohung verhindert worden.

Leipzig, 17. März. Seit 3 Uhr nachmittags hat der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Zeitsfreiwilligen begonnen. An vielen Stellen der Stadt wird gekämpft. Die Aemter des R. L. B. befinden sich im Zentrum einer wüsten Schlegerei, so daß kein Beamter das Gebäude verlassen kann. Die Verlauter, sollen Reichswehrtruppen von Taucha aus im Anmarsch sein.

Leipzig, 17. März. (7 Uhr abends.) Die Straßenkämpfe dauern fort, namentlich in der inneren Stadt, ganz besonders im Johannapark und am Johannisplatz. Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Leipziger neuesten Nachrichten mühen um 5 Uhr den Betrieb schließen.

Leipzig, 17. März. (Schleudbi) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen bewaffneten Arbeitermassen und Truppen des Landesjägerskorps aus Merseburg. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Verluste der Arbeiter betragen 8 Tote und mehrere Verwundete, die der Truppen 2 Tote und 2 Verwundete.